



Studium

Zank über Verwendung von Gebühren

VON GABRIELE RENZ

Markus Voeth von der Universität Hohenheim kam mit seiner jüngsten Hochschul-Studie groß raus. Er hatte im Frühsommer 6100 Studierende an 54 Hochschulen befragt, ob sie mit der Verwendung der Studiengebühren zufrieden sind. Der "Gebührenkompass" wurde daraufhin landauf, landab zum Beweis zitiert, dass das Geld bei denjenigen, die zur Kasse gebeten werden, unzureichend ankommt.

Denn 70 Prozent aller Studierenden lehnten danach Studiengebühren ab. Die Studenten müssten die Verbesserungen am eigenen Leib spüren, meinte damals der Hochschulexperte Ulrich Müller vom Centrum für Hochschulentwicklung (CHE). Sobald die Hochschulen anfangen, mit dem Geld zusätzliches Lehrpersonal einzustellen, werde der Nutzen für die Studierenden greifbarer.

In Baden-Württemberg könnte dies bald der Fall sein. Denn die Landesregierung plant, 15 Prozent der 90 Millionen Euro, die über Studiengebühren reinkommen, für beamtete Professorenstellen auszugeben. Das war bisher rechtlich nicht möglich. Nun gab das Stuttgarter Finanzministerium grünes Licht: 2009 soll es losgehen.

Leergefegter Markt

"Wir wollen die Betreuung der Studierenden mit zusätzlichem Lehrpersonal weiter verbessern und dafür die Schaffung neuer Beamtenstellen ermöglichen", sagt Wissenschaftsminister Peter Frankenberg (CDU). Anders seien Hochschullehrer gar nicht zu bekommen. Der Markt sei - auch wegen des erhöhten Bedarfs an Hochschullehrern durch die Exzellenzinitiative - "leergefegt". Rund 300 Professuren und Mitarbeiterstellen mit dem Schwerpunkt Lehre will Frankenberg schaffen. Sie sollen die vorhandenen gut 6000 Professoren im Südwesten ergänzen. Die Verbesserung der Professoren-Studierenden-Relation hatte kürzlich auch der Wissenschaftsrat zur Verbesserung der Lehre nahe gelegt. Bayern will diesen Weg ebenfalls beschreiten.

Kritiker bemängeln allerdings, das Land lasse sich staatliche Aufgaben von den Studierenden finanzieren. Mit den "Hochschulnotopfer" werde der Regelbetrieb finanziert. "Jetzt lässt Frankenberg die Katze aus dem Sack", sagt etwa der SPD-Landtagsabgeordnete Johannes Stober, dessen Partei sich für eine "Beitragsfreiheit aller Bildungsangebote" einsetzt. Lehre und Forschung zu finanzieren sei Aufgabe des Staates "und nicht der Studierenden und ihrer Eltern".

Rechner und Beamer finanziert

Drei Semester lang habe man Rechner, Beamer und Hilfskräfte finanziert. Nun häuften die Unis wegen vielerlei Verwendungseinschränkungen "unausgebbares" Geld an. Es sei von Anfang an Frankенbergs Kalkül gewesen, behauptet Stober, nach einer "Schamfrist" auch Professorenstellen aus den Gebühren zu finanzieren. Frankenberg wehrt ab: Die Studiengebühren von 500 Euro pro Semester seien für die Verbesserung der Lehre zweckgebunden. Besser als für gute Bedingungen in den Vorlesungen könne man das Geld kaum ausgeben.

Frankenberg hat Grund zu Selbstbewusstsein, nicht nur weil Universitäten wie Heidelberg international als beste deutsche Universität gewertet wird. Laut der jüngsten Studie der HIS GmbH (Hochschul-Informationen-Systeme) sind zwar Studierende in Baden-Württemberg mit ihrer Studiensituation zufriedener als solche in anderen Bundesländern. Nun werde sie noch